

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner
21. Plenarsitzung am 13. November 2008 zu TOP 13:
Antrag der Fraktion Die Linke, Drs. 16/502
Städtekoalition gegen Rassismus unterstützen und
TOP 14: Antrag der Fraktion der SPD, Drs. 16/624
Demokratieerfahrungen fördern,
Partizipationsmöglichkeiten stärken, den
Integrationsgedanken und Menschenrechtsbildung
ausbauen – Aktionsprogramm gegen
Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und
Antisemitismus

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

zum Antrag der Fraktion Die Linke „Städtekoalition gegen Rassismus unterstützen“ habe ich in der letzten Plenarsitzung die Position der SPD-Landtagsfraktion dargestellt. Wir unterstützen inhaltlich ihren Antrag und werden ihm zustimmen.

An dieser Stelle verwende ich meine Redezeit zu unserem Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat in der letzten Wahlperiode durch zwei Entschließungsanträge die Initiative ergriffen, unsere Positionen gegen Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus darzulegen und Maßnahmen zur Bekämpfung zu initiieren.

Mit dem jetzt vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren, haben wir ein Aktionsprogramm erarbeitet, welches umfangreich ist und durch interdisziplinäre Handlungsvorschläge versucht, sich dieser Thematik anzunehmen und die Ursachen von Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft zu bekämpfen.

Neueste Ergebnisse der empirischen Sozialforschung weisen eine Verfestigung fremdenfeindlicher Einstellungsmuster in einem nicht unerheblichen Ausmaß bis in die Mitte der Gesellschaft hinein aus.

Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen in verstärktem Maße anzutreffen. In besonderem Maße sind davon Menschen mit Bildungsdefiziten und autoritären Schulerfahrungen betroffen.

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass die Notwendigkeit der politischen Bildungsarbeit nicht nur mit Jugendlichen von zunehmender Bedeutung ist.

Ein erschreckendes Ergebnis der o. g. wissenschaftlichen Untersuchung zum Thema Rechtsextremismus ist, dass teilweise über 40% der Befragten ausländerfeindlichen Aussagen zustimmen. Rechtsextremismus ist also leider alles andere als eine Randerscheinung.

Der Politikwissenschaftler Richard Stöss führt in diesem Zusammenhang aus: „Rechtsextremismus wird durch die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse erzeugt und nicht umgekehrt.“

In besonderem Maße anfällig für rechtsextremistisches Gedankengut sind junge Menschen aus sozial schwächeren Familien, in denen autoritäre Erziehungsmuster und Gewalterfahrungen vorherrschen.

Wer sich auf der gesellschaftlichen Erfolgsskala als Verlierer sieht, meine Damen und Herren, der unterliegt einem höheren Risiko, sich auf andere Weise Anerkennung und Selbstbestätigung zu verschaffen - etwa in einer Gruppe, die sich über eine vermeintliche „rassische Überlegenheit“ abzugrenzen versucht.

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus und Rassismus sind eine Gefahr für die Demokratie und die politische Kultur in Deutschland.

Rechtsextremistische Gruppierungen sind in den vergangenen Monaten in Niedersachsen verstärkt mit Kundgebungen und Demonstrationen öffentlich aufgetreten wie zuletzt in Braunschweig, Bad Nenndorf und Hildesheim.

Sie suchen zudem bewusst die Provokation wie jetzt die Freien Nationalisten mit der Anmeldung von Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai 2009 in Hannover.

Als Demokratinnen und Demokraten können und wollen wir den Rechten die Straßen und Plätze in Niedersachsen nicht überlassen!

Eine umfassende gesamtgesellschaftliche und inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Antisemitismus ist wichtiger denn je – und darum geht es uns mit unserem Aktionsprogramm.

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion sagt nicht, dass die Landesregierung keine Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ergriffen hat und diese auch durchführt. Diese Projekte werden natürlich auch durch uns unterstützt, zumal es doch vielfach Initiativen sind die wir zu unserer

Regierungszeit entwickelt haben und die die CDU/FDP Landesregierung nur weitergeführt hat.

Der Unterschied zu ihren Ansatz, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen ist, dass sie Einzelmaßnahmen ergreifen, während wir ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus vorlegen.

Der Grund hierfür ist, wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen dass politische und gesellschaftliche Bekämpfungsansätze gegen den Rechtsextremismus auf Stetigkeit ausgerichtet sein müssen.

Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen also von der Einsicht geleitet sein, dass es sich primär um ein politisches und gesellschaftliches Problem handelt.

Notwendig ist ein integratives Konzept, das neben repressiven sowohl sozial- als auch bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen einschließt und das darüber hinaus zivilgesellschaftliche Aktivitäten ermuntert und unterstützt.

Hieraus folgt, dass auch mit den Mitteln der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung fremdenfeindlicher und rassistischer Erscheinung geleistet werden muss. Appelle und Aufklärungsmaßnahmen sind zwar schnell konsensfähig, reichen ohne sozialpolitische Flankierung aber nicht aus.

So sinnvoll Aufklärungsmaßnahmen an Schulen sind, so richtig es ist, den Rechtsextremisten mit Zivilcourage entgegenzutreten, und so hilfreich Aussteigerprogramme in Einzelfällen sind – als isolierte Maßnahmen ohne Einbettung in ein Gesamtkonzept, das den gesellschaftlichen und sozialen Entstehungsbedingungen Rechnung trägt, verlieren diese Handlungsansätze an Wirkung.

Uns ist bekannt, meine Damen und Herren, dass auch aus der unzulänglichen Integration der Migranten soziale Probleme resultieren, auf die Rechtsextremisten mit fremdenfeindlichen Forderungen reagieren.

Oft werden muslimfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung von Rechten aufgegriffen. Deshalb ist es auch notwendig, dass die Auseinandersetzung mit dem Islam ausgesprochen differenziert erfolgen muss, damit islamophobe Grundstimmungen nicht weiter angeheizt werden.

Meine Damen und Herren, ihnen ist bekannt, dass ein Unverständnis der Mitgestaltungsmöglichkeiten zu einer gefährlichen Geringschätzung unserer demokratischen Freiheiten führen kann.

Vielmehr wird leider die Akzeptanz des demokratischen Systems von einigen Menschen ausschließlich mit der Gewährleistung materiellen Wohlstands verknüpft.

Ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus muss deshalb eine Reihe konkreter Maßnahmen umfassen, die wir detailliert in unserem Antrag ausgeführt haben.

Lassen Sie mich aus unseren 17 Vorschlägen nur einige Beispiele darstellen:

Wir wollen z.B. Demokratieerfahrung und Menschenrechtserziehung an Schulen (Lernziel Demokratie) fördern.

Wir wollen eine Erweiterung der Erzieher- und Lehrerausbildung im Studium die interkulturelle Kompetenz vermittelt.

Wir wollen eine Bildungsoffensive gegen rechtsextremes Gedankengut starten, mehr Politikunterricht an Schulen anbieten und die Landeszentrale für Politische Bildung wiedererrichten.

Wir wollen eine stärkere Inpflichtnahme der öffentlich-rechtlichen Medien (Rundfunk, Fernsehen), die ihren Bildungsauftrag akzentuieren müssen, statt zunehmend Formate der privaten Sender zu kopieren und vieles mehr.

Meine Damen und Herren, um demokratische Prozesse wieder verstärkt zu fördern und Ausgrenzung und Individualisierung entgegen zu wirken, ist es neben einer aktiven Aufklärung über die Ursachen von Rechtsextremismus an Schulen auch notwendig, über die Schule hinaus in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z. B. in der Arbeitswelt, die Erfahrung von Demokratie und Teilhabe zu ermöglichen und auszubauen.

Menschen müssen in Politik, Unternehmen und Bildungseinrichtungen die Erfahrung machen können, dass sie ein bestimmtes Ziel auch durch Überwindung von Hindernissen am Ende tatsächlich erreichen können. Das aktive Mitgestalten in ihrer Lebens- und Arbeitswelt muss gefördert und gestärkt werden.

Wir müssen eine grundlegende Menschenrechtsbildung in den Vordergrund stellen. Hierzu gehören insbesondere die herausragende Stellung der Menschenrechte in den Verfassungen und der Umgang mit ihnen in der Gesellschaft.

In unserer Gesellschaft ist es eine Bildungsaufgabe von herausragendem Stellenwert, Verständnis für den Fremden, für das Andere zu vermitteln.

Diskurse, die eine Ungleichwertigkeit von Menschen behaupten, müssen unterlassen und gesellschaftlich geächtet werden.

Wissensdefiziten über den Aufbau des demokratischen Systems muss entgegen gewirkt werden und die Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen umfassend dargestellt und praktisch gelernt werden.

Eine sensible Erinnerungskultur bezüglich der nationalsozialistischen Vergangenheit muss gepflegt werden. Dies bedeutet, von Deutschen begangene Verbrechen anzuerkennen, einen emotionalen Zugang zu der Vergangenheit zu eröffnen und die aus der Geschichte erwachsende Verantwortung zu vermitteln.

Es reicht nicht aus, im Unterricht Vergleiche über totalitäre Systeme zu vermitteln oder sie gar gleichzusetzen. Auch darf keine Aufrechnung mit anderen Extremismen erfolgen.

Eine unspezifische Auseinandersetzung mit dem Extremismus schlechthin verwischt die Unterschiede in Hinsicht auf die sozialen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und verliert sich in allgemein gehaltenen Aussagen und Appellen.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, unser ihnen vorliegendes Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus zu unterstützen und gemeinsam dafür einzutreten, dass Demokratiefahrungen gefördert, Partizipationsmöglichkeiten aller Menschen gestärkt werden und wir den Integrationsgedanken umsetzen und Menschenrechtsbildung weiter ausbauen können.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.